

TOP 4: Vierter Bericht der Abteilungsleiterkonferenz Brexit

- Staatskanzlei -

Beschluss:

Der Ministerrat nimmt den Bericht der Abteilungsleiterkonferenz „Brexit Preparedness“ zur Kenntnis.

Erläuterungen:

Das Vereinigte Königreich (VK) hatte am 29. März 2017 förmlich seinen Willen bekundet, zum 29. März 2019 aus der EU austreten zu wollen. Das zwischen den Verhandlungsparteien zur Regelung dieses „Brexit“ ausgehandelte Austrittsabkommen, welches den Austritt abmildern und auch eine längere Übergangszeit vorsehen würde, hat bislang keine Mehrheit im britischen Unterhaus gefunden. Um einen harten Brexit zu verhindern, hatte die EU dem VK beim Europäischen Rat vom 12. April auf entsprechende Bitte hin erneut eine weitere Verlängerung der Verhandlungsfrist nach Art. 50 Abs. 3 AEUV bis zum 31. Oktober 2019 zugestanden. Das VK hatte daraufhin an den Europawahlen teilgenommen und ist weiterhin Vollmitglied der EU.

Innenpolitisch geriet die bisherige Premierministerin und Tory-Parteivorsitzende Theresa May aufgrund ihrer glücklosen Bemühungen um einen geordneten Brexit derart unter Druck, dass sie Anfang Juni von ihren Ämtern zurücktreten musste. In welcher Weise sich das VK bis zum 31. Oktober in Sachen Brexit im Weiteren positioniert, hängt nunmehr wesentlich von den politischen Entwicklungen in London in den nächsten Wochen ab. Die Wahl eines neuen Premierministers ist abgeschlossen. Die bislang von ihm zu vernehmenden Signale führen nicht dazu, die Gefahr eines „harten Brexit“ auszuschließen. Vielmehr ist auch ein ungeregelter Brexit („no deal“) nach wie vor möglich. Die sich jeweils ergebenden Veränderungen betreffen sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen und Behörden.

Der Ministerrat hatte bereits am 18. September 2018 beschlossen, zur landesregierungsinternen Vorbereitung auf den Brexit eine Abteilungsleiterkonferenz (AL-K) „Brexit Preparedness“ einzurichten. Die AL-K hat dem Ministerrat zwischenzeitlich fortlaufend berichtet, zuletzt am 9. April 2019. Sie hat sich seitdem zu weiteren Sitzungen zusammengefunden und ihre Analyse möglicher Auswirkungen des Brexit für Rheinland-Pfalz und seiner Vorbereitungen im Bereich der verschiedenen Ressortverantwortlichkeiten vertieft. Es liegen Berichte weiterer Ressorts vor.